

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis	XIX
Abkürzungsverzeichnis	XXI
1. Teil: Grundlagen	1
1. Kapitel: Einleitung	1
A. Der Begriff Europarecht	1
B. Besonderheiten des Europarechts und praktische Hinweise	1
I. Besonderheiten	1
II. Auffinden von europarechtlichem Material	2
C. Historischer Überblick über die Entwicklung der europäischen Einigung	3
I. Die schrittweise Vertiefung der Integration Europas im Rahmen der EU	3
1. Die Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg: Friedenssicherung durch wirtschaftliche Integration	3
2. Die Einheitliche Europäische Akte: Aufbruch in den Europäischen Binnenmarkt	3
3. Der Vertrag von Maastricht: Grundsteinlegung für die Wirtschafts- und Währungsunion	4
4. Der Vertrag von Amsterdam: das Projekt eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	4
5. Der Vertrag von Nizza: Institutionelle Reformen im Hinblick auf die Erweiterung der Union	6
6. Die KonVENTsmethode: ein Versuch, mehr Bürgernähe zu erreichen	7
a) Der Grundrechtekonvent und die Charta der Grundrechte der EU	7
b) Der Europäische Konvent: Entwurf einer Verfassung für Europa	7
7. Vom gescheiterten Verfassungsvertrag zum Vertrag von Lissabon: Reformen ohne Symbolik	8
II. Die geografischen Erweiterungen der Europäischen Gemeinschaften und der Union	11
D. Aufbau und Strukturmerkmale der Europäischen Union	13
I. Der Aufbau der EU bis zum Vertrag von Lissabon: Tempelkonstruktion mit drei Säulen	13
II. Der Aufbau der EU seit dem Vertrag von Lissabon: Abschaffung der Säulenstruktur	14
III. Der supranationale Charakter der EU	15
1. Die allgemeinen Strukturmerkmale der EU	15
2. Die Besonderheiten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)	16
3. Das Verhältnis zwischen der GASP und den übrigen Politikbereichen: Unberührtheitsgebot	17
E. Andere Organisationen in Europa	17
2. Kapitel: Die Hauptakteure in der Europäischen Union	19
A. Die Organe und Behörden der Mitgliedstaaten	19
I. Die Mitgliedstaaten als „Verfassungsgeber“	19
II. Mitwirkung der Mitgliedstaaten an der Willensbildung der EU	22
1. Die Regierungen der Mitgliedstaaten	22
2. Die Parlamente der Mitgliedstaaten	22
a) Die Rolle der nationalen Parlamente aus der Sicht des Unionsrechts	22
b) Die Rolle von Bundestag und Bundesrat nach innerstaatlichem Recht	23
III. Die Rolle der deutschen Länder	23
1. Die Berücksichtigung der Belange der Länder in den Europäischen Verträgen	23
2. Die innerstaatlichen Mitwirkungsrechte der Länder in Angelegenheiten der Europäischen Union	24
IV. Umsetzung und Vollzug des Unionsrechts, gerichtlicher Rechtsschutz	25
B. Die Unionsorgane	25
I. Allgemeines	25
II. Der Europäische Rat	27
1. Zusammensetzung	27
2. Aufgaben und Befugnisse	27
3. Beschlussfassung	28
4. Tagungsort	28
III. Der Rat der Europäischen Union	28
1. Zusammensetzung und Vorsitz	29

2. Aufgaben und Befugnisse	30
3. Arbeitsweise	31
4. Beschlussfassung	31
a) Qualifizierte Mehrheit	31
b) Einfache Mehrheit	34
c) Einstimmigkeit	34
IV. Das Europäische Parlament	34
1. Zusammensetzung	34
2. Wahlen	35
3. Aufgaben und Befugnisse	35
a) Kontrollbefugnisse	36
b) Mitwirkungsrechte bei der Rechtsetzung und in Haushaltsfragen	37
4. Interne Organisation und Beschlussfassung	38
V. Die Europäische Kommission	39
1. Zusammensetzung	39
2. Ernennung	40
3. Interne Organisation	40
4. Aufgaben und Befugnisse	41
5. Arbeitsweise und Beschlussfassung	42
VI. Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik	43
VII. Der Gerichtshof der Europäischen Union	44
1. Allgemeines	44
2. Zusammensetzung und Aufbau der Unionsgerichte	44
3. Aufgaben und Befugnisse	45
4. Die Rolle des Generalanwalts	45
VIII. Der Rechnungshof	46
IX. Die beratenden Einrichtungen	46
1. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss	46
2. Der Europäische Ausschuss der Regionen	46
X. Nebeneinrichtungen	47
1. Die Europäische Zentralbank und das Europäische System der Zentralbanken	47
2. Die Europäische Investitionsbank	47
3. Weitere Einrichtungen	47
3. Kapitel: Rechtsquellen des Unionsrechts	49
A. Primäres Unionsrecht	49
1. Geschriebenes Unionsprimärrecht	49
2. Ungeschriebenes Unionsprimärrecht	50
B. Sekundäres Unionsrecht	50
1. Von der Union geschlossene internationale Übereinkünfte	50
2. Verordnungen	51
3. Richtlinien	51
4. Beschlüsse	53
5. Empfehlungen und Stellungnahmen	53
6. Atypische Unionsrechtsakte	54
7. Rechtsakte im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)	54
C. Atypische Instrumente	55
4. Kapitel: Die innerstaatliche Wirkung des Unionsrechts und seine Auslegung	56
A. Unmittelbare Wirkung	56
I. Die unmittelbare Wirkung des primären Unionsrechts	56
II. Die unmittelbare Wirkung des sekundären Unionsrechts	57
1. Verordnungen	57
2. Richtlinien	57
a) Die Begründung der unmittelbaren Wirkung von Richtlinienbestimmungen	57
b) Die Voraussetzungen der unmittelbaren Wirkung im Einzelnen	58
c) Die Spielarten der unmittelbaren Wirkung von Richtlinien	59
d) Grenzfälle	61
e) Geltendmachung der unmittelbaren Wirkung	63
3. Beschlüsse	63
4. Völkerrechtliche Verträge	64
B. Verhältnis des Unionsrechts zum nationalen Recht	65
I. Die Eigenständigkeit des Unionsrechts und seine Rechtsnatur	65

II. Die Vorrangfrage aus der Sicht des Unionsrechts	65
III. Die Vorrangfrage aus der Sicht des deutschen Rechts	67
1. Allgemeines	67
a) Vorrangigkeit eines Vorabentscheidungsersuchens	67
b) Bedeutung von Art. 23, 24 Abs. 1 und Art. 59 Abs. 2 Satz 1 GG	67
c) Fallgruppen	67
2. Vorrang des Unionsrechts vor einem einfachen Gesetz	67
3. Vorrang von EU-Verordnungen vor den Grundrechten des Grundgesetzes	68
a) Anforderungen des Art. 23 Abs. 1 GG	68
b) Rechtsprechung des BVerfG	68
4. Nationaler Grundrechtsschutz gegenüber Richtlinien	71
a) Rechtsschutz gegenüber dem Umsetzungsgesetz	71
b) Kein präventiver Rechtsschutz Einzelner	72
5. Unanwendbarkeit von Unionsrecht wegen Kompetenzüberschreitung oder Identitätsverletzung durch die Unionsorgane	72
6. Unanwendbarkeit primären Unionsrechts wegen Verstoßes gegen das Grundgesetz	75
C. Die Auslegung des Unionsrechts	75
I. Allgemeines	75
II. Die wörtliche Auslegung	76
III. Die systematische Auslegung	76
IV. Die teleologische Auslegung	76
V. Besonderheiten bei der Auslegung der vom Unionsrecht verwendeten Begriffe	77
D. Die Pflicht zur unionsrechtskonformen Auslegung des nationalen Rechts	77
I. Allgemeines	77
II. Die Pflicht zur richtlinienkonformen Auslegung	78
5. Kapitel: Die Rechtsetzung	81
A. Überblick über die wichtigsten Beschlussverfahren in der Europäischen Union	81
B. Erlass von abgeleitetem Unionsrecht	81
I. Rechtsetzungsbefugnisse	81
1. Prinzip der begrenzten Einzelmächtigung	81
2. Kompetenzzuweisung	83
a) Allgemeines	83
b) Explizite Kompetenzzuweisung	83
c) Implied powers	83
d) Art. 352 Abs. 1 AEUV	84
3. Kompetenzzarten	85
a) Ausschließliche Zuständigkeiten	86
b) Geteilte Zuständigkeiten	86
c) Ergänzende Zuständigkeiten	87
4. Die Kompetenzausübungsregeln	87
a) Das Subsidiaritätsprinzip	87
b) Das Verhältnismäßigkeitsprinzip	88
c) Verfahrensgarantien zur Stärkung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit	88
5. Die verstärkte Zusammenarbeit	90
II. Die Rechtsetzungsverfahren	91
1. Allgemeines	91
2. Die Verfahren zum Erlass von Gesetzgebungsakten	92
a) Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren	92
b) Die besonderen Gesetzgebungsverfahren	95
c) Der Übergang vom besonderen zum ordentlichen Gesetzgebungsverfahren	95
3. Das Verfahren zum Erlass von delegierten Rechtsakten und Durchführungsvorschriften	96
a) Die Delegation von Rechtsetzungsbefugnissen auf die Kommission (Art. 290 AEUV)	96
b) Der Erlass von Durchführungsvorschriften für den verwaltungsmäßigen Vollzug von Unionsrecht (Art. 291 AEUV)	96
C. Abschluss völkerrechtlicher Verträge	97
I. Die Europäische Union als Völkerrechtssubjekt	97
II. Vertragsschließungskompetenzen	98
1. Kompetenzzuweisung	98
a) Grundsatz der begrenzten Einzelmächtigung	98
b) Außenhandelskompetenz	98
c) Assoziierungskompetenz	99

d) Andere spezifische Außenkompetenzen	99
e) „Implied powers“	99
2. Kompetenzarten	101
a) Ausschließliche Zuständigkeiten	101
b) Geteilte Zuständigkeiten	101
3. Gemischte Abkommen	102
III. Unionsinternes Verfahren zum Abschluss eines völkerrechtlichen Vertrags	102
1. Vertragsverhandlungen	103
2. Unterzeichnung und Abschluss	103
3. Beteiligung des Europäischen Parlaments	103
4. Gutachten des Gerichtshofs	104
IV. Status der von der Union geschlossenen völkerrechtlichen Verträge	106
6. Kapitel: Der Vollzug des Unionsrechts	107
A. Der direkte Vollzug	107
I. Bereiche des direkten Vollzugs	107
II. Regeln für den direkten Vollzug	107
B. Der indirekte Vollzug	108
I. Die Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten in den Grenzen von Äquivalenz und Effektivität	108
1. Die Rückforderung unionsrechtswidriger Beihilfen	109
2. Die Rückforderung unionsrechtswidriger Abgaben	111
3. Das Spannungsverhältnis zwischen Effektivität und Rechtssicherheit: Bestandskraft nationaler Verwaltungsakte und Wiederaufgreifen des Verfahrens	112
4. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung von Verwaltungsakten	112
II. Die Bindung an Unionsgrundrechte und allgemeine Rechtsgrundsätze des Unionsrechts	113
III. Die Staatshaftung der Mitgliedstaaten für die Verletzung von Unionsrecht	113
C. Sanktionen und Geldbußen für unionsrechtswidriges Verhalten	116
2. Teil: Das Rechtsschutzsystem	119
7. Kapitel: Grundlagen des Rechtsschutzsystems	119
A. Allgemeines	119
B. Zuständigkeitsverteilung zwischen Unionsgerichtsbarkeit und mitgliedstaatlichen Gerichten	119
I. Zuständigkeiten der Unionsgerichte EuGH und EuG	119
1. Rechtslage vor dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon	120
2. Die Rechtslage seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon	120
II. Zuständigkeiten der Gerichte der Mitgliedstaaten	121
C. Der Rechtsschutz vor den Unionsgerichten im Überblick	122
I. Die wichtigsten Verfahrensarten	122
II. Systematisierung der Funktionen der Unionsgerichtsbarkeit	125
III. Zuständigkeitsverteilung innerhalb der Unionsgerichtsbarkeit	125
1. Die Zuständigkeit für Direktklagen	126
2. Die Zuständigkeit für Vorabentscheidungsverfahren	127
IV. Verfahren und Urteil	127
D. Vorgaben des Unionsrechts für den Rechtsschutz vor den Gerichten der Mitgliedstaaten	129
I. Grundlagen	129
II. Verfahrensrechtliche Vorgaben für einen effektiven gerichtlichen Rechtsschutz	130
1. Rechtsweggarantie: Anspruch auf Zugang zu Gericht	130
2. Begründungspflicht für Verwaltungsentscheidungen	131
3. Klagefristen, Bestandskraft, Verjährung	131
4. Anwendung des Unionsrechts von Amts wegen	131
5. Einstweiliger Rechtsschutz	132
8. Kapitel: Das Vorabentscheidungsverfahren	133
A. Allgemeines	133
B. Verfahrensgegenstand	134
I. Wesensmerkmale der Auslegungs- und der Gültigkeitsvorlage	134
1. Die Auslegungsvorlage	134
2. Die Gültigkeitsvorlage	135
II. Zulässiger Vorlagegegenstand	135
1. Auslegung der Verträge	135
2. Auslegung und Gültigkeit der Handlungen der Organe	135

a) Auslegung von Handlungen	136
b) Überprüfung der Gültigkeit der Handlungen der Organe	137
3. Von der Vorlage ausgeschlossene Gegenstände	137
C. Vorlagerecht und Vorlagepflicht	138
I. Vorlageberechtigte Stellen	138
II. Vorlagegermessen und Vorlagepflicht	139
1. Die grundlegende Unterscheidung zwischen letztinstanzlichen und anderen Gerichten	139
2. Die Grenzen der Vorlagepflicht letztinstanzlicher Gerichte: die CILFIT-Rechtsprechung	139
3. Das Vorlagegermessen der Untergerichte und seine Grenzen	140
a) Vorlagegermessen	140
b) Ausnahmsweise Vorlagepflicht der Instanzgerichte: die Foto-Frost-Entscheidung	141
c) Die vorläufige Verwerfungskompetenz der nationalen Gerichte in Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes: Die Rechtsprechung Zuckerfabrik und Atlanta	141
4. Verstoß gegen die Vorlagepflicht	142
a) Verletzung des Unionsrechts	142
b) Verletzung des deutschen Rechts	142
c) Verletzung der EMRK	143
D. Das Kooperationsverhältnis zwischen EuGH und Vorlagegericht	143
I. Rechte und Pflichten des Vorlagegerichts	144
1. Das Vorlagegericht ist Herr über das Ausgangsverfahren	144
2. Das Vorlagegericht entscheidet über das „Ob“ der Vorlage	144
3. Das Vorlagegericht entscheidet über das „Was“ der Vorlage, d.h. den Inhalt der Vorlagefragen ..	144
4. Das Vorlagegericht entscheidet über das „Wann“, also den Zeitpunkt der Vorlage	144
5. Das nationale Gericht entscheidet über das „Wie“, also die Form der Vorlage	145
II. Die Rolle des Gerichtshofs	145
1. Vorgaben für den Gerichtshof	145
2. Umformulierung der Vorlagefragen	146
3. Feststellung der Unzulässigkeit von Vorlagefragen	146
E. Verfahren vor dem EuGH	148
1. Allgemeines zum Verfahrensablauf	148
2. Abwandlungen des Vorabentscheidungsverfahrens in besonders dringlichen Fällen	148
a) Beschleunigtes Verfahren	148
b) Eilvorlageverfahren	149
F. Wirkung der Vorabentscheidung	149
I. Wirkung für das Ausgangsverfahren	149
II. Wirkung für andere Verfahren	149
1. Vorabentscheidung über eine Auslegungsvorlage	149
2. Vorabentscheidung über eine Gültigkeitsvorlage	150
III. Zeitliche Wirkung der Vorabentscheidung	150
G. Andere Vorabentscheidungsverfahren und Verfahrensabwandlungen	151
9. Kapitel: Direktklageverfahren, inzidente Normenkontrolle und Rechtsmittelverfahren	153
A. Vertragsverletzungsverfahren	153
I. Allgemeines	153
II. Klageberechtigung	153
1. Klage der Kommission nach Art. 258 AEUV	153
2. Klage eines anderen Mitgliedstaats nach Art. 259 AEUV	154
III. Verfahrensablauf nach Art. 258 AEUV	154
1. Mahnschreiben	154
2. Begründete Stellungnahme	155
3. Die Feststellungsklage vor dem EuGH	155
IV. Zulässigkeit der Klage	155
1. Ordnungsgemäße Durchführung des Vorverfahrens	155
2. Ordnungsgemäßer Streitgegenstand	155
3. Rechtsschutzzinteresse	156
V. Begründetheit	156
VI. Das Urteil des EuGH und seine Wirkung	158
1. Erstes Vertragsverletzungsurteil	158
2. Gegebenenfalls zweites Vertragsverletzungsurteil mit finanziellen Zwangsmitteln	158
3. Verhängung von Zwangsmaßnahmen für Nichtumsetzung von Richtlinien schon im ersten Urteil	158
B. Die Nichtigkeitsklage	159
I. Allgemeines	159

II. Zulässigkeit	159
1. Beteiligtenfähigkeit	159
2. Die anfechtbaren Handlungen (zulässiger Klagegegenstand)	160
3. Klageberechtigung	162
a) Privilegiert klageberechtigt	162
b) Teilprivilegiert klageberechtigt	162
c) Nicht privilegiert klageberechtigt	162
4. Besonderheiten für Klagen gegen Einrichtungen und sonstige Stellen der EU	166
5. Klagefrist	166
6. Allgemeines Rechtsschutzinteresse	167
III. Begründetheit	167
1. Unzuständigkeit	167
2. Verletzung wesentlicher Formvorschriften	168
3. Verletzung der Verträge oder einer bei ihrer Durchführung anzuwendenden Rechtsnorm	168
a) Primäres Unionsrecht	168
b) Völkerrechtliche Verträge	169
c) Sekundäres Unionsrecht	169
d) Unverbindliche Handlungsformen	169
e) Beurteilungsspielraum	170
4. Ermessensmissbrauch	170
IV. Inhalt und Wirkung des Urteils	170
C. Die Untätigkeitsklage	171
I. Allgemeines	171
II. Zulässigkeit	171
1. Beteiligtenfähigkeit	171
2. Klagegegenstand	171
3. Klageberechtigung	172
4. Das Vorverfahren	172
a) Aufforderungsschreiben des Klägers	172
b) Fehlende Stellungnahme	173
5. Fristen	173
6. Anforderungen an die Klageschrift	173
III. Begründetheit	173
IV. Inhalt und Wirkung des Urteils	173
D. Die Schadensersatzklage	174
I. Allgemeines	174
II. Zulässigkeit	174
1. Beteiligtenfähigkeit und sachliche Zuständigkeit	174
2. Anforderungen an die Klageschrift	174
3. Verjährung	174
4. Rechtsschutzbedürfnis	175
a) Verhältnis zur Nichtigkeits- und Untätigkeitsklage	175
b) Verhältnis zu alternativen nationalen Rechtsbehelfen	175
III. Begründetheit	176
1. Haftungsvoraussetzungen	176
a) Rechtswidrigkeit	176
b) Schaden	177
c) Kausalität	177
2. Rechtsfolge: Schadensersatz	177
3. Exkurs: Haftung auch für rechtmäßiges Verhalten?	178
IV. Die Durchsetzung sonstiger außervertraglicher Ansprüche	178
E. Die inzidente Normenkontrolle	178
I. Voraussetzungen und Inhalt	178
II. Wirkung einer erfolgreichen Inzidententrüge	179
F. Rechtsmittelverfahren und Überprüfungsverfahren	179
I. Das Rechtsmittelverfahren	179
1. Zulässigkeit des Rechtsmittels	180
a) Gegenstand des Rechtsmittels	180
b) Rechtsmittelberechtigung und Rechtsschutzinteresse	180
c) Das Rechtsmittel ist auf Rechtsfragen beschränkt	180
d) Anforderungen an die Rechtsmittelschrift	181
e) Die Rechtsmittelfrist beträgt zwei Monate ab Zustellung der angefochtenen Entscheidung	181
2. Begründetheit des Rechtsmittels	181
3. Verfahren vor dem Gerichtshof	181

4. Entscheidung des Gerichtshofs	182
5. Das Gericht (EuG) als Rechtsmittelinstanz	182
II. Das Überprüfungsverfahren	182
1. Anwendungsbereich des Überprüfungsverfahrens	182
2. Kriterium für die Einleitung des Überprüfungsverfahrens	183
3. Antragsberechtigung und Verfahrenseröffnung	183
4. Verfahren vor dem Gerichtshof und Überprüfungsentscheidung	184
3. Teil: Auszüge aus dem materiellen Unionsrecht	185
Vorbemerkung	185
10. Kapitel: Die Unionsbürgerschaft	186
A. Erwerb und Verlust der Unionsbürgerschaft	186
B. Inhaltliche Ausgestaltung der Unionsbürgerschaft	187
I. Allgemeines	187
II. Die Unionsbürgerrechte im Überblick	187
1. Recht auf Gleichbehandlung	187
2. Freizügigkeitsrecht	187
3. Recht auf diplomatischen und konsularischen Schutz	187
4. Politische Rechte	188
III. Insbesondere: Das Recht auf Zugang zu den Dokumenten der EU	188
IV. Fortentwicklung der Unionsbürgerschaft	190
11. Kapitel: Die Grundfreiheiten	191
A. Überblick	191
I. Die fünf Grundfreiheiten der Verträge	191
II. Die Dogmatik der Grundfreiheiten	191
III. Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Grundfreiheiten und Grundrechten	193
B. Der freie Warenverkehr	193
I. Allgemeines	193
II. Sachlicher Anwendungsbereich	194
1. Warenbegriff	194
2. Unionsware	194
3. Ausnahmen	195
III. Die Zollunion	195
1. Der gemeinsame Zolltarif und der Zollkodex	195
2. Verbot von Zöllen und Abgaben gleicher Wirkung	196
3. Begriff und Abgrenzung der Zölle und zollgleichen Abgaben von den inländischen Abgaben nach Art. 110 AEUV	197
a) Erhebung von Gebühren beim Grenzübergang einer Ware	197
b) Sonstige finanzielle Belastungen beim Grenzübergang	198
c) Abgabe nach Art. 110 AEUV	198
IV. Verbot mengenmäßiger Ein- und Ausfuhrbeschränkungen und von Maßnahmen gleicher Wirkung	200
1. Vorrang von Sondervorschriften und Harmonisierungsmaßnahmen	200
2. Verbot mengenmäßiger Einfuhrbeschränkungen	201
3. Verbot von Maßnahmen gleicher Wirkung wie mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen	201
a) Die Dassonville-Formel	201
b) Die Keck-Rechtsprechung	203
c) Cassis-Rechtsprechung	204
d) Inländerdiskriminierung	208
4. Verbot mengenmäßiger Ausfuhrbeschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung	208
5. Rechtfertigungsgründe nach Art. 36 AEUV	209
a) Allgemeine Auslegungsregeln	209
b) Die einzelnen Rechtfertigungsgründe	209
c) Missbrauchsverbot	211
6. Prüfungsschema	212
V. Die Pflicht zur Umgestaltung staatlicher Handelsmonopole	213
C. Die Arbeitnehmerfreiheit	214
I. Überblick	214
II. Anwendungsbereich	215
1. Staatsangehörige der Mitgliedstaaten (Unionsbürger)	215

2. Angehörige dritter Staaten	216
3. Arbeitnehmereigenschaft	216
4. Ausnahme der öffentlichen Verwaltung	217
III. Gewährleistungsinhalt der Arbeitnehmerfreiheit	217
1. Ausreise-, Einreise- und Aufenthaltsrecht	217
2. Das Recht auf diskriminierungsfreien Zugang zur Beschäftigung und auf diskriminierungsfreie Ausübung der Beschäftigung	218
a) Allgemeines	218
b) Einzelheiten	218
3. Art. 45 AEUV als allgemeines Beschränkungsverbot	220
4. Drittirkung der Arbeitnehmerfreiheit	221
5. Rechte der Familienangehörigen des Wanderarbeitnehmers	222
a) Aufenthaltsrecht und Anspruch auf soziale Vergünstigungen	222
b) Recht auf Ausübung einer Beschäftigung	222
c) Recht der Kinder auf Ausbildung	223
6. Verbleiberecht	223
7. Inländerdiskriminierung	223
IV. Rechtfertigung von diskriminierenden oder beschränkenden Maßnahmen	224
1. Rechtfertigung aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit	224
a) Reichweite der Klausel	224
b) Auslegung der Vorbehaltsklausel	224
2. Rechtfertigung von Beschränkungen aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses	226
V. Vorbehalt der öffentlichen Verwaltung	227
1. Auslegung des Begriffs öffentliche Verwaltung	227
2. Anwendung des Vorbehalts	228
3. Nationale Laufbahnvorschriften	228
4. Einstellung als Beamter	228
D. Die Niederlassungsfreiheit	229
I. Überblick	229
II. Anwendungsbereich	229
1. Sachlicher Anwendungsbereich	229
a) Abgrenzung zur Dienstleistungsfreiheit	229
b) Abgrenzung zur Arbeitnehmerfreiheit	229
c) Abgrenzung zum freien Kapitalverkehr	230
2. Persönlicher Anwendungsbereich	230
a) Natürliche Personen	230
b) Gesellschaften	230
3. Bereichsausnahme nach Art. 51 AEUV	230
III. Gewährleistungsinhalt der Niederlassungsfreiheit	231
1. Art. 49 AEUV als Diskriminierungsverbot	231
2. Artikel 49 AEUV als allgemeines Beschränkungsverbot	232
3. Drittirkung der Niederlassungsfreiheit	234
4. Inländerdiskriminierung	234
IV. Rechtfertigung von diskriminierenden oder beschränkenden Maßnahmen	234
1. Rechtfertigung aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit	234
2. Rechtfertigung von Beschränkungen aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses	235
V. Grenzüberschreitende Sitzverlegung einer rechtsfähigen Gesellschaft	237
1. Kollisionsrechtliche Probleme	237
2. Unionsrechtliche Probleme	238
VI. Harmonisierungsmaßnahmen	239
VII. Prüfungsschema	241
E. Der freie Dienstleistungsverkehr	242
I. Allgemeines	242
II. Der persönliche Anwendungsbereich	242
III. Der sachliche Anwendungsbereich	242
1. Das Überschreiten von Grenzen	243
2. Die erfassten Tätigkeiten	243
a) Abgrenzung zum freien Warenverkehr	243
b) Abgrenzung zur Niederlassungsfreiheit	244
c) Abgrenzung zur Arbeitnehmerfreiheit	244
3. Entgelt	244
IV. Bereichsausnahme	245
V. Folgen einer (fehlenden) Harmonisierung	245
VI. Gewährleistungsinhalt der Dienstleistungsfreiheit	246

1. Art. 56 AEUV als Diskriminierungsverbot	246
2. Art. 56 AEUV als allgemeines Beschränkungsverbot	247
3. Drittewirkung der Dienstleistungsfreiheit	249
VII. Rechtfertigung von diskriminierenden oder beschränkenden Maßnahmen	249
1. Rechtfertigung aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit	249
2. Rechtfertigung von Beschränkungen aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses	250
VIII. Harmonisierungsmaßnahmen	251
IX. Prüfungsschema	252
F. Der freie Kapital- und Zahlungsverkehr	253
I. Der freie Kapitalverkehr	253
1. Einleitung	253
2. Anwendungsbereich	253
3. Gewährleistungsinhalt der Kapitalverkehrsfreiheit	254
4. Rechtfertigung von diskriminierenden oder beschränkenden Maßnahmen	255
a) Die geschriebenen Rechtfertigungsgründe des Art. 65 Abs. 1 AEUV	255
b) Die Rechtfertigung von Beschränkungen aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses	256
II. Der freie Zahlungsverkehr	257
G. Das Freizügigkeitsrecht der Unionsbürger	258
I. Überblick	258
II. Anwendungsbereich	258
1. Subsidiarität gegenüber anderen Grundfreiheiten	258
2. Persönlicher Anwendungsbereich	259
3. Sachlicher Anwendungsbereich	259
III. Gewährleistungsinhalt des Freizügigkeitsrechts	260
1. Ausreise-, Einreise- und Aufenthaltsrecht	260
2. Beschränkungsverbot	261
3. Diskriminierungsverbot	261
IV. Rechtfertigung diskriminierender oder beschränkender Maßnahmen	262
1. Beschränkungen aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit	263
2. Schonung der öffentlichen Haushalte und Sozialkassen	263
12. Kapitel: Unionsgrundrechte und allgemeine Rechtsgrundsätze	265
A. Die Entwicklung des Grundrechtsschutzes in der Europäischen Union	265
B. Die Quellen des Grundrechtsschutzes auf EU-Ebene	266
I. Der Grundrechtsschutz als Teil der allgemeinen Rechtsgrundsätze des Unionsrechts	266
II. Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union	267
1. Entstehungsgeschichte der Charta	267
2. Rechtsnatur und Rang der Charta	268
3. Inhalt der Charta	268
a) Zwischen Kodifikation und Innovation	268
b) Auslegung der Bestimmungen der Charta	269
c) Keine Kompetenzerweiterung	269
4. Zusatzprotokoll für Polen und das Vereinigte Königreich, politischer Kompromiss mit Tschechien	270
III. Die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK)	271
1. Die Rechtslage unabhängig von einem Beitritt der EU zur EMRK	271
2. Der geplante Beitritt der EU zur EMRK	271
C. Die Funktionsweise der Unionsgrundrechte	272
I. Grundrechtsverpflichtete	272
II. Schutzbereich, Schranken und Schranken-Schranken	273
III. Das Spannungsverhältnis zwischen Grundfreiheiten und Grundrechten	274
1. Grundrechte als Rechtfertigungsgründe für die Beschränkung von Grundfreiheiten	274
2. Grundfreiheiten als Rechtfertigungsgründe für die Beschränkung von Grundrechten	274
3. Grundrechte als Schranken-Schranken bei der Beschränkung von Grundfreiheiten	275
D. Einzelne Unionsgrundrechte	275
I. Würde des Menschen	275
II. Freiheitsrechte	276
III. Gleichheitsrechte	278
IV. Solidarität	278
V. Bürgerrechte	279
VI. Justizielle Rechte	279
E. Rechtsstaatliche Grundsätze im Unionsrecht	279
I. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	280

II. Der Grundsatz der Rechtssicherheit	280
III. Die reformatio in peius	281
IV. Das Missbrauchsverbot	281
13. Kapitel: Der Grundsatz der Gleichbehandlung	282
A. Überblick	282
B. Die Funktionsweise des Grundsatzes der Gleichbehandlung	283
I. Gewährleistungsinhalt	283
1. Vergleichbarkeit der Sachverhalte	283
2. Ungleichbehandlung	283
3. Rechtfertigung der Ungleichbehandlung	284
II. Unmittelbare Wirkung	284
1. Vertikale Direktwirkung	284
2. Horizontale Direktwirkung	284
III. Anspruch des Benachteiligten auf Gewährung des vorenthaltenen Vorteils	285
IV. Kein unionsrechtliches Verbot der Inländerdiskriminierung	285
C. Das allgemeine Verbot der Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit	286
I. Subsidiarität gegenüber besonderen Diskriminierungsverboten	286
II. Anwendungsbereich der Verträge	287
III. Verbotsinhalt, Adressaten und Begünstigte	288
1. Verbotsinhalt	288
2. Verbotsadressaten	289
3. Begünstigte	289
IV. Wirkung des Diskriminierungsverbots	289
D. Verbot der Diskriminierung wegen bestimmter persönlicher Eigenschaften	290
I. Entwicklung des Diskriminierungsschutzes wegen persönlicher Eigenschaften	290
II. Das Verbot der Diskriminierung wegen des Geschlechts	291
1. Überblick	291
2. Der Grundsatz des gleichen Entgelts	292
3. Der Grundsatz der Gleichbehandlung im Hinblick auf die sonstigen Arbeitsbedingungen	293
4. Der Grundsatz der Gleichbehandlung im Hinblick auf Güter und Dienstleistungen	295
III. Das Verbot der Diskriminierung wegen anderer persönlicher Eigenschaften	296
1. Allgemeines	296
2. Die einzelnen Diskriminierungsverbote	297
a) Die Altersdiskriminierung in Beschäftigung und Beruf	297
b) Sonstige Diskriminierungstatbestände	299
IV. Rechtsschutz, Beweislast und Sanktionen	300
14. Kapitel: Die Rechtsangleichung	302
A. Allgemeines	302
B. Gegenstand, Methoden und Wirkung der Rechtsangleichung	302
C. Verhältnis der Harmonisierungsvorschriften zueinander	304
D. Harmonisierung nach Art. 114 AEUV	304
I. Anwendungsbereich des Art. 114 Abs. 1 AEUV	305
1. Allgemeines	305
2. Abgrenzung zu Art. 115 AEUV (direkte Steuern)	305
3. Abgrenzung zu Art. 192 AEUV (Umwelt)	305
4. Abgrenzung zu Art. 153 AEUV (Arbeit und Soziales)	306
5. Abgrenzung zu Art. 116 AEUV (Wettbewerbsverzerrungen)	306
II. Inhaltliche Anforderungen an Harmonisierungsmaßnahmen nach Art. 114 AEUV	306
a) Erstes Tabakwerbeverbot	307
b) Zweites Tabakwerbeverbot	308
c) Roaming-Gebühren	308
III. Nationaler Alleingang eines Mitgliedstaats	309
15. Kapitel: Grundzüge des Europäischen Wettbewerbsrechts	311
A. Einleitung	311
B. Das EU-Kartellrecht	312
I. Einführung	312
II. Gemeinsame Voraussetzungen von Art. 101 Abs. 1 und Art. 102 Abs. 1 AEUV	312
1. Der Unternehmensbegriff	312
2. Die Zwischenstaatlichkeitsklausel	313
3. Die Bestimmung des relevanten Marktes	314

III. Das Verbot wettbewerbswidriger Verhaltensweisen gemäß Art. 101 AEUV	314
1. Kollusion zwischen Marktteilnehmern	314
2. Zwischenstaatlichkeitsklausel und Wettbewerbswidrigkeit	314
3. Freistellung nach Art. 101 Abs. 3 AEUV	315
4. Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen das Kartellverbot	316
IV. Das Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung gemäß Art. 102 AEUV	316
1. Marktbeherrschende Stellung	316
2. Missbräuchliches Ausnutzen	317
3. Rechtsfolgen	318
V. Das europäische Kartellverfahrensrecht	318
1. Kartellrechtsdurchsetzung auf Unionsebene und auf nationaler Ebene	318
2. Das Verfahren bei der Kommission	318
C. Die europäische Fusionskontrolle	319
I. Einführung	319
II. Anwendungsbereich und Zuständigkeitsabgrenzung	320
III. Materieller Prüfungsmaßstab	321
IV. Verfahren	321
D. Das europäische Beihilfenrecht	323
I. Überblick	323
II. Die Tatbestandsvoraussetzungen des Beihilfeverbots nach Art. 107 Abs. 1 AEUV	324
1. Unentgeltlich gewährter wirtschaftlicher Vorteil gleich welcher Art	324
2. Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige (Selektivität der Beihilfe)	325
3. Staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfe	325
a) Finanzierung aus staatlichen Mitteln	325
b) Zurechenbarkeit an den Staat	326
4. Wettbewerbsverfälschung und Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedstaaten	327
5. Das Sonderproblem der Finanzierung von Leistungen der Daseinsvorsorge	327
III. Die Ausnahmen vom Beihilfeverbot	328
1. Legalausnahmen gemäß Art. 107 Abs. 2 AEUV	328
2. Ermessensausnahmen gemäß Art. 107 Abs. 3 AEUV	329
IV. Die Beihilfenaufsicht durch die Kommission	330
1. Allgemeines	330
2. Das Verfahren für angemeldete neue Beihilfen	331
a) Anmeldung	331
b) Vorverfahren	331
c) Förmliches Prüfverfahren	332
3. Rechtsschutz vor den Unionsgerichten gegen Beschlüsse der Kommission	332
a) Anfechtbarkeit	332
b) Klageberechtigung	333
4. Verfahren bei rechtswidrigen Beihilfen	334
a) Die Prüfung rechtswidriger Beihilfen	334
b) Die Rückforderung rechtswidriger Beihilfen	334
V. Der Rechtsschutz Einzelner vor nationalen Gerichten (insbesondere: Konkurrentenklagen)	336
16. Kapitel: Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	338
I. Allgemeines	338
II. Die Politik im Bereich Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung	339
1. Grenzkontrollen	339
2. Asyl- und Flüchtlingspolitik	339
3. Einwanderungspolitik	340
III. Die justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	340
1. Gerichtszuständigkeit, gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung, Verfahren	340
2. Vorschriften über die Bestimmung des anwendbaren materiellen Rechts	341
3. Rechtsetzungsverfahren	341
4. Sonstiges	341
IV. Die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	341
1. Gegenseitige Anerkennung und prozessuale Mindestvorschriften	342
2. Materiellrechtliche Mindeststandards	343
3. Strafrechtliche Annexkompetenz des Unionsgesetzgebers	343
4. Koordinierung der Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden	343
5. Rechtsetzungsverfahren	344
6. Übergangsvorschrift für Rahmenbeschlüsse	344
V. Die polizeiliche Zusammenarbeit	344
VI. Insbesondere: die Terrorismusbekämpfung	345

17. Kapitel: Die Wirtschafts-, Währungs- und Handelspolitik	347
A. Überblick	347
B. Die Wirtschaftspolitik	347
C. Die Währungsunion	348
I. Die historische Entwicklung: vom Werner-Plan bis zur Einführung des Euro	348
II. Die Bedingungen für eine Teilnahme an der Währungsunion	349
III. Die Währungspolitik	350
IV. Die Griechenland-Krise und ihre Folgen	350
D. Die Gemeinsame Handelspolitik	351
I. Regelungsbereich und Unionskompetenz	351
II. Anwendungsbereich der gemeinsamen Handelspolitik	352
III. Tätigwerden der Union	353
1. Autonome Rechtsetzung	353
2. Abschluss von Handelsabkommen	353
Sachverzeichnis	355